

La Française Asset Management GmbH

Taunusanlage 18, 60325 Frankfurt am Main

**An die Anleger des OGAW-Sondervermögens
Veri-Safe**

Veri-Safe		ISIN: DE000A114530
-----------	--	--------------------

Änderung der Besonderen Anlagebedingungen (BAB)

Sehr geehrte Anteilnehmerin,
sehr geehrter Anteilnehmer,

die BAB dieses OGAW-Sondervermögens werden geändert. Die Änderungen erfolgen mit Genehmigung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom 08.05.2019.

Die Hintergründe der Änderungen sind:

- Anpassungen der Kosten aufgrund der BaFin Musterkostenklausel
- sowie redaktionelle Anpassungen.

Die Änderungen treten mit Wirkung zum 24.06.2019 in Kraft.

Der geänderte Verkaufsprospekt ist spätestens ab Inkrafttreten bei der La Française Asset Management GmbH (vormals Veritas Investment GmbH), Taunusanlage 18, 60325 Frankfurt am Main, auf Nachfrage kostenfrei erhältlich oder unter www.la-francaise-am.de (vormals www.veritas-investment.de) abrufbar.

Formulierungen aus den bisherigen Anlagebedingungen, die keine Gültigkeit mehr haben, sind im Dokument in einer eckigen Klammer dargestellt. Neue Formulierungen sind kursiv und fett markiert.

Nachfolgend die geänderten BAB. Auf den Abdruck der nicht geänderten Paragraphen wird verzichtet.

BESONDERE ANLAGEBEDINGUNGEN

ANLAGEGRUNDSÄTZE UND ANLAGEGRENZEN

§ 1 Vermögensgegenstände

Die Gesellschaft darf für das OGAW-Sondervermögen (*nachfolgend „Sondervermögen“*) folgende Vermögensgegenstände erwerben:

§ 2 Anlagegrenzen

(1) Höchstens 20 Prozent des Wertes des [OGAW-]Sondervermögens dürfen in Aktien oder in Anteilen an Investmentvermögen angelegt werden, die aufgrund ihrer Anlagebedingungen oder Satzung zu mindestens 51 Prozent in Aktien anlegen oder die Wertentwicklung entsprechender Indizes (einschließlich marktgeprägter Indizes) abbilden sollen.

(2) Bis zu 49 Prozent des Wertes des [OGAW-]Sondervermögens dürfen in Geldmarktinstrumenten gemäß § 6 der AAB angelegt werden.

(3) Bis zu 49 Prozent des Wertes des [OGAW-]Sondervermögens dürfen in Bankguthaben gemäß § 7 Satz 1 der AAB angelegt werden.

(4) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente desselben Emittenten dürfen über 5 Prozent hinaus bis zu 10 Prozent des Wertes des [OGAW-]Sondervermögens erworben werden, wenn der Gesamtwert der Wertpapiere und Geldmarktinstrumente dieser Emittenten 40 Prozent des Wertes des [OGAW-]Sondervermögens nicht übersteigt.

(5) Die Gesellschaft darf in Wertpapiere und Geldmarktinstrumente der Bundesrepublik Deutschland mehr als 35 Prozent des Wertes des [OGAW-]Sondervermögens anlegen.

ANTEILKLASSEN

§ 3 Anteilklassen

(1) Für das [OGAW-]Sondervermögen können Anteilklassen im Sinne von § 16 Abs. 2 der AAB gebildet werden, die sich hinsichtlich des Ausgabeaufschlags, der Währung des Anteilwertes einschließlich des Einsatzes von Währungssicherungsgeschäften, der Verwaltungsvergütung, der Mindestanlage summe oder einer Kombination dieser Merkmale unterscheiden. Die Bildung von Anteilklassen ist jederzeit zulässig und liegt im Ermessen der Gesellschaft.

(2) Der Abschluss von Währungskurssicherungsgeschäften ausschließlich zugunsten einer einzigen Währungsanteilkategorie ist zulässig. Für Währungsanteilklassen mit einer Währungsabsicherung zugunsten der Währung dieser Anteilklasse (Referenzwährung) darf die Gesellschaft auch unabhängig von § 9 der AAB Derivate im Sinne des § 197 Abs. 1 KAGB auf Wechselkurse oder Währungen mit dem Ziel einsetzen, Anteilwertverluste durch Wechselkursverluste von nicht auf die Referenzwährung der Anteilklasse lautenden Vermögensgegenständen des [OGAW-]Sondervermögens zu vermeiden.

ANTEILE, AUSGABEPREIS, RÜCKNAHMEPREIS, RÜCKNAHME VON ANTEILEN UND KOSTEN

§ 4 Anteile

Die Anleger sind an den jeweiligen Vermögensgegenständen des [OGAW-]Sondervermögens in Höhe ihrer Anteile als Gläubiger nach Bruchteilen beteiligt.

§ 6 Kosten

(1) Vergütungen, die an die Gesellschaft zu zahlen sind:

[(1)a] Die Gesellschaft erhält für die Verwaltung des [OGAW-]Sondervermögens [aus dem OGAW-Sondervermögen] eine [tägliche] **jährliche** Vergütung in Höhe von **bis zu** 0,7 Prozent [p.a.] des [Wertes] **durchschnittlichen Nettoinventarwertes** des [OGAW-]Sondervermögens, errechnet auf Basis des täglich ermittelten [Inventarwertes] **Nettoinventarwertes**. Für Tage, an denen kein [Inventarwert] **Nettoinventarwert** ermittelt wird, ist der zuletzt ermittelte [Inventarwert] **Nettoinventarwert** maßgeblich. Die Verwaltungsvergütung kann dem [OGAW-]Sondervermögen [jederzeit] **monatlich** entnommen werden. Es steht der Gesellschaft frei, für eine oder mehrere Anteilklassen eine niedrigere Verwaltungsvergütung zu erheben.

(2) Die Gesellschaft erhält aus dem [OGAW-]Sondervermögen eine **jährliche** Pauschalgebühr in Höhe von 0,30 Prozent [p.a.] **des durchschnittlichen Nettoinventarwertes** des [OGAW-]Sondervermögens, **errechnet auf Basis des täglich ermittelten** [Inventarwertes] **Nettoinventarwertes. Für Tage, an denen kein** [Inventarwert] **Nettoinventarwert ermittelt wird, ist der zuletzt ermittelte** [Inventarwert] **Nettoinventarwert maßgeblich. Die Pauschalgebühr kann dem Sondervermögen monatlich entnommen werden.** Die Pauschalgebühr deckt folgende ggf. anfallenden Vergütungen und Kosten ab, die dem [OGAW-]Sondervermögen nicht separat belastet werden:

- **Vergütung der** Verwahrstelle[nvergütung];
- bankübliche [Verwahrstellen] **Depot-** und Kontogebühren, ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Vermögensgegenstände im Ausland;
- Kosten für die Prüfung des [OGAW-]Sondervermögens durch den Abschlussprüfer des [OGAW-]Sondervermögens;
- Gebühren und Kosten, die von staatlichen Stellen in Bezug auf das [OGAW-]Sondervermögen erhoben werden;
- Kosten für Rechts- und Steuerberatung im Hinblick auf das [OGAW-]Sondervermögen, mit Ausnahme der in **Ziffer (4)** [Absatz 4] b) genannten Kosten;
- Kosten für die Analyse des Anlageerfolges des [OGAW-]Sondervermögens durch Dritte;

[Die Pauschalgebühr kann dem [OGAW-]Sondervermögen jederzeit entnommen werden.]

(3) Der Betrag, der jährlich aus dem [OGAW-]Sondervermögen nach den vorstehenden Ziffern (1) a) und (2) als Vergütungen entnommen wird, kann insgesamt bis zu 1,0 Prozent **des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens betragen, errechnet auf Basis des täglich ermittelten Inventarwertes. Für Tage, an denen kein Nettoinventarwert ermittelt wird, ist der zuletzt ermittelte Nettoinventarwert maßgeblich.** [p.a. betragen.]

(4) Neben der der Gesellschaft zustehenden Pauschalgebühr gemäß **Ziffer (2)** [Abs. 1] können die folgenden Vergütungen und Kosten zusätzlich belastet werden:

- a) Die in Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehenden Kosten (**Transaktionskosten**);
- b) Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen durch die Gesellschaft für Rechnung des [OGAW-]Sondervermögens sowie der Abwehr von gegen die Gesellschaft zu Lasten des [OGAW-]Sondervermögens erhobenen Ansprüchen;

(5) Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht den Betrag der Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge offen zu legen, die dem [OGAW-]Sondervermögen im Berichtszeitraum für den Erwerb und die Rücknahme von Anteilen im Sinne des § 196 KAGB berechnet worden sind. Beim Erwerb von Anteilen, die direkt oder indirekt von der Gesellschaft selbst oder einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, darf die Gesellschaft oder die andere Gesellschaft für den Erwerb und die Rücknahme keine Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge berechnen. Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht die Vergütung offen zu legen, die dem [OGAW-]Sondervermögen von der Gesellschaft selbst, von einer anderen Kapitalverwaltungsgesellschaft, einer Investmentaktiengesellschaft oder einer anderen Gesellschaft, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist oder einer ausländischen Investment-Gesellschaft, einschließlich ihrer Verwaltungsgesellschaft als **Verwaltungsvergütung** für die im [OGAW-]Sondervermögen gehaltenen Anteile berechnet wurde.

ERTRAGSVERWENDUNG UND GESCHÄFTSJAHR

§ 7 Ausschüttung

(1) Die Gesellschaft schüttet grundsätzlich die während des Geschäftsjahres für Rechnung des [OGAW-]Sondervermögens angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen, Dividenden und sonstige Erträge - unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – anteilig aus. Realisierte Veräußerungsgewinne unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs können ebenfalls anteilig zur Ausschüttung herangezogen werden.

(2) Ausschüttbare anteilige Erträge gemäß Absatz 1 können zur Ausschüttung in späteren Geschäftsjahren insoweit vorgetragen werden, als die Summe der vorgetragenen Erträge 15 Prozent des jeweiligen Wertes des [OGAW-]Sondervermögens zum Ende des Geschäftsjahres nicht übersteigt. Erträge aus Rumpfgeschäftsjahren können vollständig vorgetragen werden.

(3) Im Interesse der Substanzerhaltung können anteilige Erträge teilweise, in Sonderfällen auch vollständig zur Wiederanlage im [OGAW-]Sondervermögen bestimmt werden.

§ 8 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des [OGAW-]Sondervermögens ist jeweils das Kalenderjahr.

Frankfurt am Main, im Juni 2019

La Française Asset Management GmbH

- Die Geschäftsführung -